Protokoll der öffentlichen Gemeinderatsitzung vom 15. Dezember 2009

Tagesordnung, öffentlicher Teil

1. Fragen der Einwohner
2. Beratung und Beschlussfassung über den Neuabschluss des Strom-Konzessionsvertrags für die Gemeinde Hüffenhardt
3. Strombezug der Gemeinde; Abschluss eines neuen Kommunalvertrags ab 01.01.2011
4. Antragstellung zur Aufnahme ins MELAP+
5. Bürgermeisterwahl 2010; Festlegung der Modalitäten für die öffentliche Kandidatenvorstellung
6. Rathaussanierung;
 - 6.1. Vergabe der Bodenbelagsarbeiten
 - 6.2. Vergabe des Planungsauftrags für die Elektroinstallation
7. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Kosten für die Erhebung und den Einzug der Abwassergebühren mit dem Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach
8. Erlass der 2. Satzung zur Änderung der Abwassersatzung vom 19.12.2006
9. Spenden und Sponsoring; Zustimmung zur Annahme von Spenden gem. § 78 Abs. 4 GemO
10. Erlass der 1. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung vom 11.10.2005
11. Modifizierung des Vertrages über die Unterbringung von Fundtieren mit dem Tierschutzverein Mosbach Umgebung e. V.
12. Antrag des Vereins der Hundefreunde Hüffenhardt-Kälbertshausen e.V. auf einen Vereinszuschuss
13. Bauvorhaben; Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde gem. § 36 BauGB
 - 13.1. Thorsten Heiß, Uhlandstr. 16, Hüffenhardt; Änderung des Neubaus eines Strohlagers, FlSt.-Nr. 10401, Gemarkung Hüffenhardt
 - 13.2. Ingrid Winnerl, Mörikestraße 5, Hüffenhardt, FlSt.-Nr. 11604 Umnutzung eines Teilbereichs des Kellergeschoß zu einer Wohnung im bestehenden Wohnhaus
 - 13.3. Peter Bittler, Jakob-Bleyer-Str. 7, Hüffenhardt, FlSt.-Nr. 3881/9
Neubau eines Carport
14. Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse aus der Sitzung vom 17.11.2009
15. Informationen, Anfragen, Verschiedenes
16. Fragen der Einwohner

zu Punkt 1

Von den anwesenden Zuhörern werden keine Fragen gestellt.

zu Punkt 2

Bürgermeister Herberich begrüßt zu diesem Punkt den Kommunalbetreuer der EnBW, Herrn Holejko, der im Verlauf der Beratungen seitens der EnBW ausführlich zu Fragen Stellung nimmt.

Rechnungsamtsleiter Zipf erläutert zunächst, auch mit Verweis auf die Beratungsunterlagen, daß mit einem Konzessionsvertrag zwischen Gemeinden und Energieversorgungsunternehmen das Recht geregelt wird, öffentliche Straßen, Wege und Plätze für den Bau und Betrieb von Versorgungsnetzen zu nutzen. Die Gemeinden genehmigen damit dem Netzbetreiber, Leitungen im Gemeindegebiet zu verlegen und zu betreiben und so den Stromnetzanschluss der Einwohner sicherzustellen. Für dieses Recht erhält die Gemeinde vom Energieversorgungsunternehmen eine Konzessionsabgabe, deren Höhe und Zahlungsbedingungen die Konzessionsabgabenverordnung des Bundes regelt. Die Gemeinde Hüffenhardt erhält hieraus pro Jahr einen Betrag von rd. 55.000 € durchschnittlich, der sich jeweils nach der Menge des gelieferten Stroms berechnet. Der in der Gemeinde Hüffenhardt derzeit geltende Konzessionsvertrag wurde

im Jahr 1991 mit der Badenwerk AG Karlsruhe abgeschlossen und endet nach einer Laufzeit von 20 Jahren am 31.12.2010.

Weiterer Netzbetrieb nach Ablauf des Konzessionsvertrags

Bereits mehr als drei Jahre vor Ablauf der Konzessionsverträge fanden im Jahr 2007 in den „Sprengelgemeinden“ Aglasterhausen, Haßmersheim, Hüffenhardt, Neckarzimmern, Neunkirchen, Obrigheim und Schwarzach, unter Beteiligung des Gemeindetags, mehrere Gespräche über das weitere Vorgehen statt. Dabei wurden auch Vertreter von Stadtwerken hinzugezogen. Hintergrund dieser Gespräche waren, außer der Fortführung des Netzbetriebs im Konzessionsverfahren, auch Überlegungen, die Stromnetze zu rekommunalisieren, also wieder in das Eigentum der Gemeinden zu übernehmen und den Netzbetrieb in einer eigenen Gesellschaft abzuwickeln.

Hierzu wurde eine Machbarkeitsstudie beauftragt, um die Gegebenheiten vor Ort und die Wirtschaftlichkeit zu betrachten. Dabei wurde festgestellt, daß aufgrund der vorzunehmenden Entkoppelung des dann neuen Netzes aus dem Stromnetz der EnBW, sich eine Übernahme nicht wirtschaftlich darstellen ließe.

Musterkonzessionsvertrag der EnBW

Im Februar 2006 haben Gemeindetag, Städtetag sowie kommunale Stromverbände nach fast zweijährigen Verhandlungen mit der EnBW Regional AG einen neuen kommunalen Musterkonzessionsvertrag Strom vereinbart. Dieser Musterkonzessionsvertrag war bundesweit der erste, der nach der grundlegenden Novellierung des Energiewirtschaftsrechts und den damit verbundenen Änderungen der Konzessionsabgabenverordnung im Jahr 2005, zwischen kommunalen Verbänden und Energieversorgungsunternehmen vereinbart wurden. Der Musterkonzessionsvertrag (Anlage 1) wurde von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG, Düsseldorf geprüft, die hierüber ein ausführliches Gutachten (Anlage 2) erstellt hat. Im Ergebnis kommt die WIBERA dabei zu dem Schluss, daß das ausgehandelte Vertragsmuster insgesamt als ausgewogen zu betrachten ist, daß durch den Vertrag die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht gefährdet werden und die berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Gemeinde und ihrer Einwohner gewahrt sind.

Nach § 107 Gemeindeordnung ist die Gemeinde verpflichtet, vor der Beschlussfassung über einen solchen Konzessionsvertrag dem Gemeinderat das Gutachten eines unabhängigen Sachverständigen vorzulegen. Diese Anforderung wird mit dem von der WIBERA über den Musterkonzessionsvertrag vorgelegten Gutachten erfüllt, so daß für die Gemeinde das Erfordernis entfällt, ein separates Einzelgutachten zu erstellen. Allerdings ist dabei unbedingt zu beachten, daß von den Regelungen des Musterkonzessionsvertrags nicht abgewichen werden darf.

Durch die bereits erfolgte rechtskonforme Prüfung des Musterkonzessionsvertrags besteht für die Gemeinde eine hohe Rechtssicherheit, was auch das in § 108 Gemeindeordnung vorgeschriebene Vorlageverfahren und die Prüfung der Gesetzmäßigkeit durch die Rechtsaufsichtsbehörde vereinfacht und verkürzt.

Weitere unübersehbare Vorteile eines solchen Musterkonzessionsvertrags sind, daß durch die Beteiligung der kommunalen Landesverbände und der Energiezweckverbände die kommunalen Interessen gewahrt sind, daß eine Gewährleistung der Gleichbehandlung aller Konzessionsgemeinden besteht, daß der Verhandlungs- und Verwaltungsaufwand deutlich reduziert wird und daß auch für den Netzbetreiber eine gewisse Investitionssicherheit besteht.

Entsprechend empfehlen daher Gemeindetag, Städtetag und die kommunalen Stromverbände ihren Mitgliedern, beim Abschluss neuer Konzessionsverträge mit der EnBW die gemeinsamen Musterkonzessionsverträge zu verwenden.

Verfahrensablauf zum Neuabschluss des Konzessionsvertrags

Das Vertragsende eines bestehenden Konzessionsvertrags ist gemäß § 46 Abs. 3 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) mindestens 2 Jahre, maximal 3 Jahre vor Ablaufdatum im Bundesanzeiger bekanntzumachen. Qualifizierte Energieversorgungsunternehmen, die Interesse am Abschluss eines neuen Konzessionsvertrags mit der Gemeinde haben, erhalten dadurch die Gelegenheit, sich um diesen Abschluss zu bewerben.

Diese Veröffentlichung erfolgte so Kämmerer Zipf weiter, am 26.11.2008 im elektronischen Bundesanzeiger. Die Gemeinde hat mit der Bekanntgabe das Auslaufen des Konzessionsvertrags veröffentlicht und gleichzeitig interessierte Energieversorgungsunternehmen aufgefordert, sich bis zum 28.02.2009 um den neu abzuschließenden Konzessionsvertrag zu bewerben. Als einziges Unternehmen hat sich auf diese Veröffentlichung der bisherige Netzbetreiber, die EnBW Regional AG mit Schreiben vom 27.11.2008 um die Fortsetzung des Netzbetriebs beworben.

Grundlage für einen Vertragsneuabschluss mit der EnBW Regional AG ist der mit dem Gemeindegtag ausgehandelte einheitliche Musterkonzessionsvertrag. Dieser Vertrag ist zusammen mit dem Rechtsgutachten der WIBERA dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung vorzulegen.

Sollte der Gemeinderat dem Vertrag seine Zustimmung erteilen, ist dieser Beschluss nach § 108 GemO dem Landratsamt des Neckar-Odenwald-Kreises als Rechtsaufsichtsbehörde unter Nachweis der gesetzlichen Voraussetzungen vorzulegen. Der Konzessionsvertrag darf nach § 121 Abs. 2 GemO erst unterzeichnet werden, wenn die Rechtsaufsichtsbehörde die Gesetzmäßigkeit bestätigt oder den Beschluss nicht innerhalb eines Monats beanstandet hat.

Bei der Gemeinde Hüffenhardt endet der bisherigen Konzessionsvertrag am 31.12.2010.

Einzelne Regelungen des Konzessionsvertrags fasst Kämmerer Zipf kurz zusammen und ergänzt diese durch Hinweise des Gemeindegtags und aus dem Rechtsgutachten der WIBERA (Anlage 3).

Zielnetzplanung - Investitionswünsche der Gemeinde in das Stromnetz

Im Laufe der Vorgespräche zum Neuabschluss des Konzessionsvertrags wurden in allen Sprengelgemeinden die in den nächsten Jahren notwendigen Investitionsmaßnahmen in das Stromnetz (z.B. Erdverkabelungen von noch vorhandenen Freileitungen) ermittelt und der EnBW als Investitionswünsche im Falle eines Vertragsabschlusses mitgeteilt. In der Anlage 1 bestätigt die EnBW, die in der beiliegenden Aufstellung aufgeführten Baumaßnahmen in ihre Zielnetzplanung aufzunehmen. Diese Anlage soll Vertragsbestandteil werden.

Fortführungsregelung im Falle der Bildung einer gemeinsamen regionalen Gesellschaft zur Durchführung des Strombetriebs

Nach Ablauf von 10 Jahren besteht für die Gemeinden die Möglichkeit, sich an einer gemeinsamen regionalen Gesellschaft zur Durchführung des Strombetriebs unter mehrheitlicher Führung der EnBW Regional AG zu beteiligen. Da die Gründung einer solchen Gesellschaft erst innerhalb der kommenden 10 Jahre erfolgen wird, der Konzessionsvertrag aber eine Laufzeit von 20 Jahren hat, soll mit der in der Anlage 2 beigefügten Erklärung sichergestellt werden, daß der zwischen den Gemeinden und der EnBW Regional AG abgeschlossene Konzessionsvertrag auf die gemeinsame Gesellschaft übertragen wird. Durch die ab Januar eingeführte Anreizregulierung werden für die Netzbetreiber Obergrenzen für den Netzerlös eingeführt, die sich stetig ändern. Die Entwicklung der Netznutzungsentgelte soll daher in einem Zeitraum von 10 Jahren beobachtet werden, damit für eine zu bildende regionale Gesellschaft die Erlösentwicklung genau einzuschätzen ist.

Eine unveränderte Fortführung des Konzessionsvertrags wird ebenso für den Fall garantiert, daß die beabsichtigte Bildung einer regionalen Netzbetriebsgesellschaft zwischen der Gemeinde und der EnBW Regional AG nicht möglich ist.

Ebenso bleibt der Konzessionsvertrag in Kraft, wenn die Gemeinde sich entscheidet, nach Gründung einer regionalen Strombetriebsgesellschaft dieser nicht beizutreten.

Zusammenfassung

Nach Ablauf des gemeindlichen Konzessionsvertrags am 31.12.2010 ist zur Gewährleistung einer sicheren, effizienten und umweltverträglichen Energieversorgung sowie auch zur Sicherung des Konzessionsabgabenaufkommens der Abschluß eines neuen Konzessionsvertrags notwendig. Hierzu haben der Gemeindetag und der Städtetag zusammen mit den kommunalen Stromverbänden und der EnBW Regional AG einen Musterkonzessionsvertrag ausgehandelt und gutachterlich von der WIBERA prüfen lassen.

Nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung des Ablaufs des bisherigen Konzessionsvertrags hat sich nur die EnBW Regional AG um den Neuabschluß eines Konzessionsvertrags mit der Gemeinde Hüffenhardt beworben.

Die Verwaltung schlägt daher dem Gemeinderat vor, mit der EnBW Regional AG den beigefügten Konzessionsvertrag, der vollinhaltlich dem Musterkonzessionsvertrag entspricht, für einen Zeitraum von 20 Jahren bis zum 31.12.2030 abzuschließen.

Nach dem Vortrag aus dem Gremium kommende Fragen werden vom Bürgermeister, Kämmerer sowie von Kommunalberater Holejko beantwortet.

Bürgermeister Herberich bedankt sich bei Rechnungsamtsleiter Zipf für die umfassenden Vorarbeiten und die ausführliche Darstellung sowie bei Herrn Holejko für dessen Erläuterungen.

Umfassend informiert, fasst das Gremium folgenden

Beschluß

Der Gemeinderat nimmt vom vorgelegten Konzessionsvertrag mit der EnBW Regional AG Kenntnis und ist damit einverstanden, daß die Gemeinde diesen Vertrag auf der Grundlage des Musterkonzessionsvertrags ab dem 01.01.2011 mit einer Laufzeit von 20 Jahren abschließt. Die beigefügten Anlagen 1 (Zielnetzplanung) und Anlage 2 (Fortführungsregelung) sind Bestandteil des Vertrags.

-einstimmig -

zu Punkt 3

Bürgermeister Herberich erteilt Frau Philipp das Wort. Diese führt aus, daß der Kommunalvertrag über die Versorgung der Gemeindeeinrichtungen und der Gemeindegebäude mit Verbrauchsstrom sowie der Straßenbeleuchtung endet am 31.12.2010 endet.

Da aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise an den Strombörsen derzeit gegenüber dem Vorjahr sehr niedrige Preise erzielt werden können, hat die EnBW Vertriebs- und Servicegesellschaft mbH, Karlsruhe, mit Schreiben vom 27.11.2009 ein Angebot für die Laufzeit 01.01.2011 bis 31.12.2013 vorgelegt.

Die neuen Konditionen sind den bisherigen in der nachfolgenden Tabelle gegenübergestellt:

Daten werden noch nachgereicht

Mit einem Aufpreis von 0,35 Cent/kWh auf die genannten Preise wäre die Versorgung mittels Ökostrom (100% Wasserkraft aus der Schweiz) möglich. Bei dreijähriger Laufzeit wären das ca. 3.000 € Mehrkosten.

Da die Strompreise an den Börsen starken Schwankungen unterliegen, hält die EnBW das vorgenannte Angebot nur bis 21. Dezember 2009 aufrecht.

Bei wesentlicher Änderung der kalkulierten Stromabnahmemenge sieht der Vertrag wie bisher den Abschluss einer neuen Vereinbarung vor. Auch die weiteren Vertragsregelungen entsprechen den bisherigen.

Da davon auszugehen ist, daß die Preise an der Strombörse nach Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder steigen werden, schlägt die Verwaltung vor, das Angebot der EnBW anzunehmen. Aufgrund der relativ geringen Abnahmemenge ist vom Interesse Alternativenanbieter nicht auszugehen.

Nach einer regen Diskussion fasst das Gremium folgenden

Beschluß

Der Gemeinderat nimmt das Angebot der EnBW, wie oben ausgeführt, an und stimmt dem Abschluß des entsprechenden Neuvertrages zu.

- 7 Zustimmungen, 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung -

zu Punkt 4

Hauptamtsleiterin Susanne Philipp informiert, daß das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum (MLR) am 06.11.2009 das Modellprojekt „Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung des innerörtlichen Potentials (MELAP+)“ ausgeschrieben hat. Dabei handelt es sich um ein Folgeprojekt des MELAP in dessen Rahmen 13 ausgewählte Kommunen modellhaft Lösungen zur Aktivierung innerörtlicher Potentiale entwickelt haben. Ziel des MELAP+ ist es, jetzt die Ergebnisse weiter zu entwickeln. Im Umsetzungszeitraum 2010 bis 2015 sollen in acht bis zwölf Modellgemeinden anhand modellhafter und übertragbarer Innenentwicklungsprojekte Vorgehensweisen entwickelt werden, die darauf abzielen, die Innenentwicklung zu stärken, Ortskerne zu beleben und so die Ausweisung von Neubaugebieten zu vermeiden. MELAP+ wird während der Modellphase wissenschaftlich begleitet. Die Modellgemeinden müssen die wissenschaftliche Begleitung im Rahmen ihrer Aufgaben umfassend unterstützen.

Von den Teilnehmern des Modellprojekts wird ein klares Bekenntnis zum Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ erwartet. Im Rahmen der Bewerbung ist von den teilnehmenden Gemeinden zu erläutern, wie sie mit dem Problem der weiteren Ausweisung von Neubaugebieten auf der Gemarkung des betroffenen Ortes und der Gemeinde während der Modellphase umgehen werden. Die Verbindlichkeit entsprechender Aussagen stellt ein wichtiges Auswahlkriterium für das Modellvorhaben dar.

Den ausgewählten Modellgemeinden wird im Rahmen des Modellvorhabens ein mehrjähriges Budget aus Mitteln des Entwicklungsprogrammes Ländlicher Raum zur Verfügung gestellt. Die Höhe der bereitgestellten Zuschussmittel für den Modellzeitraum ist von der Größe und der Problemlage in dem zu entwickelnden Ort abhängig und bewegt sich etwa in der Größenordnung zwischen 500.000 € und 1.500.000 € je Modellort. Die Mittel können nur für Vorhaben eingesetzt werden, die nach der ELR-Richtlinie förderfähig sind.

Da sich der Gemeinderat mit der Aufstellung des Leitplankonzeptes für Hüffenhardt im Rahmen des Entwicklungsprogrammes Ländlicher Raum klar für den Innenentwicklungsprozess ausgesprochen hat, schlägt Frau Philipp vor, sich um eine Aufnahme des Ortsteils Hüffenhardt im MELAP+ zu bewerben.

Die Antragsunterlagen können aus dem vom Ingenieurbüro für Kommunalplanung erarbeiteten Leitplankonzept entwickelt werden. Das Ingenieurbüro hat dafür ein Honorar in Höhe von rund 3.100 Euro berechnet.

Nach einer kurzen Aussprache fasst das Gremium folgenden

Beschluß

Der Gemeinderat beschließt, einen Antrag auf Aufnahme ins Projekt MELAP+ für den Ortsteil Hüffenhardt zu stellen und beauftragt das Ingenieurbüro für Kommunalplanung mit der Erarbeitung der Antragsunterlagen.

- 11 Zustimmungen, 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung -

zu Punkt 5

Der Gemeinderat hat beschlossen, zur Vorstellung der KandidatInnen für die Bürgermeisterwahl, öffentliche Veranstaltungen durchzuführen. Diese finden am Montag, dem 11. Januar 2010, in Hüffenhardt (Mehrzweckhalle) und am Dienstag, dem 12. Januar 2010, in Kälbertshausen (Bürgerhaus) jeweils um 19:00 Uhr statt. Die Veranstaltung soll vom Vorsitzenden des Gemeindevwahlausschusses, Bürgermeister Bruno Herberich, moderiert werden.

Gemeinderat Bödi wirft in die Diskussion ein, daß er eine Moderation durch den Bürgermeister für problematisch hält, weil ein Verwaltungsmitarbeiter sich um die Stelle bewirbt. Bürgermeister Herberich verweist auf seine bisherige stets sachlich-neutrale Amtsführung und die Funktion als Vorsitzender des Gemeindevwahlausschusses. Nach kurzer Diskussion - ein Antrag wird von Bödi nicht gestellt - spricht sich das Gremium für eine Moderation durch Bürgermeister Herberich aus und legt folgende Modalitäten fest:

Ablauf

1. Allg. Information zum Ablauf und namentliche Vorstellung der Bewerber/innen
2. Persönliche Vorstellung / Reden der Bewerber/innen
 - Ø Reihenfolge der Reden nach Eingang der Bewerbungen
 - Ø Redezeit für die Bewerber/innen: 10 Minuten/Kandidat/in
 - Ø Abwesenheit der Mitbewerber bei den Reden der Kandidaten
 - Ø Einsatz elektronischer Hilfsmittel wird den Bewerbern überlassen
3. Fragen aus dem Publikum (keine Statements)
 - Ø Frage und Antwort-Block: Begrenzung der Antwortzeit auf 2 Minuten

Fragen an einen oder mehrere Bewerber sind zulässig, bei Fragen an mehrere Bewerber beginnen diese jeweils abwechselnd mit der Antwort, bei der ersten Frage beginnt derjenige Bewerber, der in der Reihenfolge der Reden zuletzt begonnen hatte.

Sonstiges

- Bewerber/innen und Moderator sitzen auf der Bühne an einem Tisch
- Sitzordnung richtet sich nach Eingang der Bewerbungen
- Mikrophone für Kandidaten und Moderator, Saalmikrophon
- Mobiltelefone sind während der Reden auszuschalten
- Fragesteller werden gebeten, Namen und Vornamen zu nennen, sich kurz zu fassen, polemische Äußerungen, bzw. persönlich-verletzende Fragen zu unterlassen
- Verteilung / Auslage von Prospekten der Bewerber wird nicht zugelassen
- Bewirtung durch einen örtl. Verein vor und nach dem offiziellen Ende sowie in der Pause
- Ende der Veranstaltung spätestens um 23:00 Uhr

Beschluß

Der Gemeinderat beschließt die vorgenannten Modalitäten.

- einstimmig -

zu Punkt 6

Hauptamtsleiterin Philipp informiert den Gemeinderat über die Angebote für die Gewerke Boden- und Fliesenarbeiten.

Die Bodenbelagsarbeiten für die Innensanierung des Rathauses wurden in der Zwischenzeit ausgeschrieben. Die Submissionsergebnisse sowie die vom Büro Huber rechnerisch geprüften Endbeträge, getrennt nach Gewerken und in der Reihenfolge der Angebotssummen, stellt sie entsprechend Anlage 4 dar.

Da hinsichtlich der Eignung und Leistungsfähigkeit des jeweils günstigsten Bieters keine Bedenken bestehen und die Angebote unter Berücksichtigung aller technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte die wirtschaftlichsten sind, schlägt sie vor, den Auftrag für das jeweilige Gewerk an den jeweils günstigsten Bieter zur Angebotssumme zu vergeben.

Für das Gewerk Fensterarbeiten wurden die Arbeiten im Rahmen der Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln im Wege der freihändigen Vergabe von der Verwaltung an die Firma Schmidt aus Mosbach, zum Angebotspreis von 1.923,04 Euro vergeben.

Im Bereich Elektronik ist für die Planung, Ausschreibung und Überwachung der Ausführung der Arbeiten die Beauftragung eines Fachplaners erforderlich, so Frau Philipp weiter.

Dipl. Ing. (FH) Gehrig aus Haßmersheim hat ein angemessenes Honorarangebot vorgelegt. Das Angebot entspricht den Vorgaben der HOAI und schließt bei geschätzten Nettoherstellungskosten von 15.000 Euro mit einem Brutto-Honorar von 5.348,17 Euro ab. Sie schlägt vor, Dipl. Ing. (FH) Gehrig mit den entsprechenden Arbeiten zu beauftragen.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Vergaben und Beauftragungen ergibt sich folgende Kostensituation:

Daten werden noch nachgereicht

Frau Philipp erläutert, daß die Überschreitung der berechneten Kosten insbesondere durch die Aufnahme von Arbeiten im Innenbereich, die zum Zeitpunkt der Aufstellung der Kostenberechnung noch nicht absehbar waren, bedingt ist. Die Überschreitung im Bereich der Honorare ist zum einen durch den Erlass der neuen HOAI, die eine Erhöhung der Honorare um rd. 10% beinhaltet, und durch die Betreuung von Arbeiten, die so nicht absehbar waren, bedingt.

Teilweise können die Kostenüberschreitungen durch Veränderungen im Bereich der noch nicht beauftragten Gewerke kompensiert werden.

Hinreichend informiert, fasst das Gremium folgenden

Beschluß

Der Gemeinderat beschließt die Vergabe der o.g Innenarbeiten im Rahmen der Sanierung des Rathauses wie folgt:

1. Gewerk Bodenarbeiten: Firma Gögele, Neunkirchen, zum Angebotspreis von 16.111,17 €
2. Gewerk Fliesenarbeiten: Firma Küller, Reichenbuch, zum Angebotspreis von 5.817,02€

- einstimmig -

Der Planungsauftrag für den Bereich Elektronik wird entsprechen dem vorliegenden Angebot an Dipl. Ing. (FH) Gehrig, Haßmersheim vergeben.

- einstimmig -

zu Punkt 7

Rechnungsamtsleiter Zipf erläutert, daß es im Wesentlichen darum geht, daß für vom Wasserzweckverband Mühlbachgruppe bezogenes Frischwasser für die gleiche Menge auch die Abwassergebühr an die Gemeinde Hüffenhardt zu entrichten ist. Aber nicht bei allen Kunden, die Frischwasser verbrauchen, wird das ganze Wasser in die Kanalisation eingeleitet (z. B. Gartenbewässerung, Landwirtschaft etc.). Für diesen Anteil möchten die Kunden keine Abwassergebühr bezahlen, sondern davon befreit werden.

Der VGH Baden Württemberg hat mit dem Urteil vom 19. März 2009 festgestellt, daß die Bagatellgrenze in Höhe von 20 m³ gemäß § 41 Abs. 1 Satz 2 der Abwassersatzung nicht angewendet werden darf, wenn mittels eines den eichrechtlichen Vorschriften entsprechenden Wasserzählers nachgewiesen werden kann, welche Menge Wasser nicht in die Kanalisation gelangt ist. Bisher war erst ab dem einundzwanzigsten Kubikmeter pro Jahr eine Erstattung möglich. Künftig kann das gesamte Abwasser, das nicht in die Kanalisation geleitet wird, gebührenbefreit werden. In seiner Sitzung im Juni 2009 hat der Verwaltungsrat der Mühlbachgruppe beschlossen, daß der Zweckverband, der bereits die Abwassergebühr für die Gemeinde einzieht, zweckmäßigerweise auch im Auftrag der Mitgliedsgemeinden die Absetzung der nicht eingeleiteten Frischwassermengen, bei der der Nachweis über einen Zwischenzähler erbracht wird, vornimmt.

Zur Umsetzung der Übertragung des Einzugs der Abwassergebühr auf den Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach bedarf es neben der Änderung der Abwassersatzung noch einer gesonderten Regelung in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die mit dem Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach am 13.12.2006 abgeschlossen wurde.

Die Vereinbarung regelt die Modalitäten des Abwassereinzugs durch den Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach und die entsprechende Vergütung.

In die neue öffentlich-rechtliche Vereinbarung wurde deshalb der § 4 mit folgendem Wortlaut neu eingefügt:

§ 4 (neu)

- (1) Der Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach führt im Auftrag der Mitgliedsgemeinde die Absetzung von Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentlichen Abwasseranlagen eingeleitet und durch Messung eines besonderen Wasserzählers (Zwischenzählers) nachgewiesen werden, auf Antrag des Grundstückseigentümers durch.
- (2) Die Mitgliedsgemeinde überträgt diese Aufgabe, durch einen entsprechenden Absatz in der Abwassersatzung, auf den Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach.
- (3) Die Installation und der Wechsel des geeichten Wasserzählers, sowie die Ablesung und Abrechnung wird vom Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach vorgenommen.
- (4) Die entstehenden Kosten werden im Rahmen einer Zählergebühr dem Antragsteller in Rechnung gestellt.
- (5) Diese Zwischenzähler werden bei der prozentualen Verteilung der Gesamtkosten nach § 6 Abs. 2 nicht berücksichtigt.
- (6) Der Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach informiert die Mitgliedsgemeinden jährlich über die abgesetzte Wassermenge.

Die Zählergebühr für den Abwasserzwischenzähler nach § 4 Abs. 4 der Vereinbarung gliedert sich wie folgt und gilt für alle Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes gleichermaßen:

- Abwasserzähler QN 1,5 1,80 € pro Monat
- Abwasserzähler QN 2,5 1,80 € pro Monat
- Abwasserzähler QN 6 1,90 € pro Monat
- Abwasserzähler QN 10 2,20 € pro Monat

Bei der Überarbeitung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wurde für das Jahr 2010 auch die Anpassung der Gebührenkalkulation für den Einzug der Abwassergebühren vorgenommen, die nach § 5 Abs. 2 der Vereinbarung alle 5 Jahre anzupassen ist.

In der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, die zum 01.01.2005 in Kraft getreten ist, wurden die Kosten aus dem Jahr 2005 als Berechnungsgrundlage angesetzt. Für die neue öffentlich-rechtliche Vereinbarung ab 2010 wurden die Kosten entsprechend angepasst.

Die prozentuale Verteilung wurde belassen. Es wurden bei der Kalkulation lediglich die aktuellen Zahlen angesetzt.

Demnach ergeben sich folgende Änderungen:

Auf die Gemeinde entfällt gemäß der Berechnung laut Anlage ein Kostenanteil von 4.728,85 €. Das entspricht einer Erhöhung um 583,58 € und ist durch die gestiegenen Personalkosten (neuer Tarifvertrag für Versorgungsbetriebe, vergangene Tarifabschlüsse) begründet.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Kosten der Erhebung und des Einzugs der Abwassergebühr ist als Anlage 5 beigefügt.

Beschluß

Der Gemeinderat stimmt der beiliegenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Kosten der Erhebung und des Einzugs der Abwassergebühren zwischen dem Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach und der Gemeinde Hüffenhardt zu.

- einstimmig -

zu Punkt 8

Aus dem o. g. VGH-Urteil ergeben sich folgende Konsequenzen, die in der Abwassersatzung der Gemeinde einzuarbeiten sind:

1. Die Bagatellgrenze mit 20m³ wird unverändert beibehalten. Die Satzung wird aber dahingehend ergänzt, daß die Bagatellgrenze dann keine Anwendung findet, wenn die nicht eingeleitete Frischwassermenge mit einem, den eichrechtlichen Vorschriften entsprechenden Wasserzähler exakt festgestellt wird.
2. Es muss eine Regelung über den Einbau und die Abrechnung von Zwischenzählern zur Erhebung des Nachweises über die nichteingeleiteten Frischwassermengen getroffen werden. Dies soll, nach Absprache aller Gemeinden im Wasserzweckverband Mühlbachgruppe, der Zweckverband übernehmen, da er bereits für sich die Abrechnung der Frischwassergebühr vornimmt und im Auftrag sowie auf Kosten der Gemeinde die Abwassergebühren einzieht.

Hierfür muss § 41 der Abwassersatzung entsprechend geändert werden (Anlage 6).

Beschluß

Der Gemeinderat beschließt die in der Anlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung - AbwS) der Gemeinde Hüffenhardt vom 19.12.2006.

- einstimmig -

zu Punkt 9

Nach § 78 Absatz 4 Gemeindeordnung dürfen Gemeinden zur Erfüllung ihrer Aufgaben Zuwendungen Dritter einwerben und annehmen oder an Dritte, die sich an der Erfüllung kommunaler Aufgaben beteiligen, vermitteln. Spenden und Sponsoring im kommunalen Bereich ist damit erwünscht und die Einwerbung und Annahme von Zuwendungen gehört grundsätzlich zum dienstlichen Aufgabenkreis der kommunalen Amtsträger. Aus Gründen der Transparenz sieht die Regelung allerdings vor, daß über die Annahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen das kommunale Hauptorgan zu entscheiden hat.

Für die Gemeinde Hüffenhardt wurde am 23.05.2006 beschlossen, daß über Geld- und Sachspenden bis zu einem Betrag oder Wert von 100 € halbjährlich zusammengefasst pauschal entschieden wird. Bei Spenden über 100 € bis 2.500 € wird jeweils halbjährlich einzeln entschieden. Über die Annahme von Spenden über 2.500 € wird in der jeweils nächsten Gemeinderatssitzung entschieden.

Bei der Gemeinde sind im 2. Halbjahr 2009 Spenden in Höhe von insgesamt 1.870 Euro eingegangen, die von Bürgermeister Herberich unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Gemeinderates entgegengenommen wurden. Die Spenden führt Bürgermeister Herberich im Einzelnen entsprechend Anlage 7 auf.

Beschluß

Der Gemeinderat erteilt seine Zustimmung zur Annahme der Spenden.

- einstimmig -

zu Punkt 10

Hauptamtsleiterin Philipp informiert, daß im Rahmen der Europäischen Dienstleistungsrichtlinien (EU-DLR) u.a. die Überprüfung aller Normen auf Konformität mit der Richtlinie erforderlich ist. Dadurch sollen Beschränkungen der Niederlassung von ausländischen Dienstleistern bzw. das Erbringen von Dienstleistungen durch ausländische Dienstleister im nationalen Recht aufgefunden und beseitigt werden. Gesetzliche oder untergesetzliche Anforderungen an Niederlassung und Ausübung dürfen EU-Ausländern nicht direkt oder indirekt benachteiligen, keine ungerechtfertigten Verfahrensanforderungen stellen oder den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr auf andere Weise ungerechtfertigt hemmen. Vor diesem Hintergrund sind auch die kommunalen Satzungen zu überprüfen.

Bei der Friedhofssatzung besteht diesbezüglich Änderungsbedarf. Zur Anpassung an die EU-DLR schlägt Frau Philipp den Erlass der in der Anlage beigefügten Änderungssatzung vor. Grundlage für die Änderungssatzung ist die vom Gemeindetag erarbeitete Muster-Änderungssatzung.

Im Zuge dieser bis 28.12.2009 zu vollziehenden Änderung sollte auch § 25 Abs. 2 der Friedhofssatzung im Hinblick darauf geändert werden, daß nach bisherigem Recht nur derjenige als Gebührensschuldner in Anspruch genommen werden konnte, der die Bestattung beantragt hat. Stellte sich nach der Bestattung heraus, daß der Antragsteller zahlungsunfähig ist, hatte die Gemeinde keine Möglichkeit, die Bestattungsgebühren anderweitig erfolgreich geltend zu machen. Nach einer Änderung des § 2 Abs. 5 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) besteht nun die Möglichkeit, daß als Schuldner von Gebühren für die Benutzung kommunaler Bestattungseinrichtungen durch Satzung auch diejenigen Personen bestimmt

werden, denen nach § 31 Abs. 1 Satz 1 Bestattungsgesetzes die Bestattungspflicht obliegt. Diese haften dann als Gesamtschuldner für die entstandenen Bestattungsgebühren.

Da das Gesetz zur Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie im Gewerbebereich und in weiteren Rechtsvorschriften am 28.12.2009 in Kraft tritt, tritt auch die Änderungssatzung zu diesem Zeitpunkt in Kraft.

Ohne weitere Fragen, fasst das Gremium folgenden

Beschluß

Der Gemeinderat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung, Friedhofsordnung und **Bestattungsgebühren vom 11.10.2005 entsprechend der Anlage.**

- einstimmig -

zu Punkt 11

Bürgermeister Herberich informiert über die Modifizierung des Vertrages zur Unterbringung von Fundtieren im Tierheim Dallau mit dem Tierschutzverein Mosbach und Umgebung. Dabei nimmt er Bezug auf den beigefügten Vertragsentwurf (Anlage 9) und erläutert die Regelungen im Einzelnen. Die Kosten beziffert er wie folgt:

Jährlicher Pauschalbetrag 50 Cent / Einwohner (bisher 37 Cent/Einw.).

Die Fallpauschalen für Hunde erhöhen sich um 20 € auf 450 € / Hund und für Katzen um 50 € auf 410 € / Katze; jeweils zzgl. MWSt. Die Fallpauschalen werden bei der jährlichen Abrechnung nur erhoben, wenn die Kosten den Pauschalbetrag um 10 % übersteigen.

Hinreichend informiert, faßt das Gremium folgenden

Beschluß

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss des geänderten Vertrags mit dem Tierschutzverein Mosbach und Umgebung e.V. über die Unterbringung von Fundtieren zu.

- einstimmig -

zu Punkt 12

Bürgermeister Herberich berichtet, daß der Verein der Hundefreunde Hüffenhardt-Kälbertshausen e.V. einen Antrag auf Bezuschussung für den Bau einer Terrassenüberdachung, den Anbau eines WCs, den Anbau von Lagerräumen und einem weiteren Geräteraum an die bestehende Vereinshütte gestellt hat.. Die Baukosten belaufen sich auf 18.000 Euro, wobei 8.000 Euro in Eigenleistung erbracht und ca. 10.000 Euro für Materialkosten anfallen werden. Gemäß den Vereinsförderrichtlinien der Gemeinde können Investitionen und Anschaffungen der Vereine, die unmittelbar dem Vereinszweck dienen, mit 15 % der Investitions- oder Anschaffungskosten gefördert werden.

Aufgrund der regen Vereinsaktivitäten, insbesondere einer intensiven Jugendarbeit, schlägt der Bürgermeister vor, die Maßnahmen mit 15 % der tatsächlich entstehenden Materialkosten, max. 1.500 Euro, zu fördern. Er ergänzt, daß der Verein bisher keine Zuschüsse erhalten hat, lediglich die Mähgeräte wurden kostenlos zur Verfügung gestellt.

Beschluß

Der Gemeinderat beschließt die Gewährung eines Vereinszuschusses an den Verein der Hundefreunde Hüffenhardt-Kälbertshausen in Höhe von 15 % der tatsächlich entstehenden Materialkosten, max. 1.500 Euro.

- einstimmig -

zu Punkt 13

13.1 Frau Philipp erläutert das Vorhaben und führt aus, daß mit dem Bauantrag die geänderte Bauausführung abgesegnet werden soll. Da das Vorhaben im Außenbereich liegt, ist die Erteilung des Einvernehmens der Gemeinde nach § 35 BauGB erforderlich. Da keine Bedenken bestehen, empfiehlt sie, das Einvernehmen zu erteilen.

Beschluß

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen der Gemeinde zum o.g. Bauantrag.

- einstimmig -

13.2 Im Rahmen dieses Antrages soll die Umnutzung eines Teilbereichs des Kellergeschosses zur Wohnung im bestehenden Wohnhaus genehmigt werden.

Frau Philipp schlägt vor, das Einvernehmen der Gemeinde zum Vorhaben im Geltungsbereich des Bebauungsplanes „Schlanghecke“ zu erteilen, da keine städtebaulichen Bedenken bestehen.

Beschluß

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen der Gemeinde zum o.g. Bauvorhaben.

- einstimmig -

13.3 Gemeinderat Bittler nimmt wegen Befangenheit im Zuhörerraum Platz.

Auch dieses Vorhaben im unbepflanzten Innenbereich bedarf zur Genehmigungsfähigkeit des Einvernehmens der Gemeinde. Da das Vorhaben, das Frau Philipp erläutert, städtebaulich unbedenklich ist, schlägt sie vor, das Einvernehmen zu erteilen.

Beschluß

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen der Gemeinde zum o.g. Bauantrag.

- einstimmig -

zu Punkt 14

Aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 17. November 2009 gibt der Vorsitzende folgende Beschlüsse bekannt:

Ø Erhöhung des Teilzeitanteils einer Mitarbeiterin zum 1.1.2010.

Ø Einstellung einer Auszubildenden zur Verwaltungsfachangestellten zum 1.9.2010.

Ø Zustimmung zu einem Stundungsantrag der Reiterfreunde Hüffenhardt e.V.

Ø Festlegung der Modalitäten zur Jagdverpachtung

zu Punkt 15

Ø Für die Wohnumfeldmaßnahme Hauptstraße 58 wurde eine Ausgleichstock-Förderung in Höhe von 37 000 € bewilligt. Die Finanzierung stellt sich damit wie folgt dar: Ausgleichstockzuschuß 37 T€, Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum-Zuschuß 77 T€, Eigenanteil Gemeinde 67 T€

Ø Im Rahmen einer Prüfung der Förderung des Gewerbegebiets „Gänsgarten“, für die ein ELR-Zuschuß von 262 T€ gewährt wurde, wurde eine Überzahlung festgestellt, so daß die Gemeinde rd. 40 T€ plus Zinsen erstatten muß.

- Ø Die Anfrage der Kraichgau Stimme auf Überlassung der Mehrzweckhalle zur Durchführung eines Wahlforums am 13. Januar 2010 wird seitens des Gremiums positiv beschieden.
- Ø Zwischenzeitlich liegt die Zustimmung aller Eigentümer zum Flurbereinigungsverfahren „Milbensee“ vor. Der Bürgermeister dankt, daß diese den Ausbau des Feldweges mittragen. Die Baumaßnahme wird mit 75 % bezuschußt, der Grunderwerb ist von der Gemeinde zu tätigen. Auch ein erforderlicher Grünausgleich ist nach Aussage der Flurbereinigungsverwaltung förderfähig.
- Ø Die Gemeinde wird zum Bebauungsplan „Südlich des Schloßparks“, Bad Rappenau, angehört. Gemeindliche Belange sind nicht betroffen.
- Ø Der Bürgermeister informiert außerdem über die Beteiligung an der Darmkrebspräventionskampagne der Metropolregion "1000 Leben retten". Das Gremium nimmt zustimmend Kenntnis, daß dies Kosten von ca. 5 € / Person für die einbezogenen Gemeindebeschäftigten, Mitglieder des Gemeinderats und der Feuerwehr bedingt.

Aus dem Gremium kommen keine Anfragen an den Bürgermeister.

zu Punkt 16

Auch von den Zuhörern werden keine weiteren Fragen gestellt.

Anläßlich des zu Ende gehenden Jahres, blickt Bürgermeister Herberich kurz auf die wichtigsten Aktivitäten eines aufregenden, interessanten und arbeitsreichen Jahres 2009 zurück.

Er dankt den Mitgliedern des Gemeinderats, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gemeindeverwaltung sowie ganz besonders allen, die sich ehrenamtlich in jedweder Form und Funktion für die Gemeinde einbringen. Auch an die Presse geht ein Dankeswort für die Berichterstattung.